

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 5/2013 vom 6. Juni 2013, 17:00 Uhr, Rathaus**

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter
Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter (bis Geschäft Nr. 36), Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Renate Schneider

Entschuldigt

Stadträte Jonas Baumann-Fuchs, Christian Josi, Serge Lanz, Lukas Lanzrein und Matthias Wiedmer

Schluss der Sitzung

19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell begrüsst er Gemeinderätin Marianne Dumermuth Lehmann. **Der Rat** heisst sie mit einem Applaus willkommen.

Der Stadtratspräsident beantragt das Traktandum Postulat P 2/2013 betreffend Massnahmen nach Alkoholintoxikation infolge Abwesenheit des Postulanten auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben. **Der Rat** stimmt der Verschiebung stillschweigend zu.

32. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Mai 2013

Der Stadtratspräsident teilt folgende Ergänzung zum Protokoll mit: Vizestadtschreiber Remo Berlinger war an der Sitzung nicht anwesend, ist jedoch irrtümlicherweise nicht unter den entschuldigten Personen aufgeführt. Dies wird in der definitiven Fassung geändert.

Das Protokoll wird mit der Änderung **vom Rat** einstimmig genehmigt.

33. Kommissionen

Ersatzwahl von Max Sager (SP) in die Wahlkommission anstelle des zurücktretenden Daniel Jacobsen

Bericht des Gemeinderates Nr. 9/2013

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. Mai 2013, beschliesst:

1. Von der Demission von Daniel Jacobsen per 10. April 2013 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Daniel Jacobsen wird als Mitglied in die Wahlkommission gewählt:
Max Sager, geb. 26. Juni 1951, von Menziken AG, Betriebsökonom HWV/Lehrer, wohnhaft Selibühlweg 23, 3608 Thun und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

34. Jahresbericht 2012; Stand der hängigen Motionen und Postulate per 31. März 2013

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 10/2013

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, merkt an, dass die Vorstösse Nr. 26 (M 12/2010) und Nr. 27 (P 15/2010) bereits mehrmals verschoben wurden und die Umsetzung sehr lange dauert. Bezüglich der

Umgestaltung des Viehmarktplatzes wurde versprochen, es werde umgehend eine Arbeitsgruppe gebildet. Gemäss dem vorliegenden Bericht wird der Vorstoss nun jedoch auf das Jahr 2015 verschoben. Die Fraktion wünscht sich eine raschere Umsetzung. Zu Vorstoss Nr. 28 (M 8/2010) stellt Stadträtin Rupp Gyger fest, dass im Jugendbereich erfreulicherweise zwei neue Projekte gestartet worden sind. Der Vorstoss richtet sich jedoch nicht nur an Jugendliche, sondern auch an Kinder. In diesem Bereich wurden nur die bisherigen Projekte weitergeführt. Das Postulat „Kinderfreundliche Gemeinde“ gehört auch in den Themenbereich Partizipation. Die Fraktion stellt den Antrag, die Motion nicht abzuschreiben.

Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion, Vorstoss Nr. 28 (M 8/2010) nicht abzuschreiben, mit 19 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, hält fest, dass bei Vorstoss Nr. 27 (P 15/2010) steht, er werde in Vorstoss Nr. 35 (M 4/2009) behandelt. Unter Vorstoss Nr. 35 wird auf den Zusammenhang mit der Nutzung des künftigen Casino-Areals verwiesen. Diese Begründung wiederholt sich und ist nicht im Sinne des Vorstosses. Im nächsten Bericht erhofft sich die Fraktion nicht wieder dieselbe Begründung. In naher Zukunft sind beim Casino-Areal keine Veränderungen zu erwarten.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. März 2013, beschliesst:

1. Vom Stand der hängigen Motionen und Postulate wird Kenntnis genommen.
2. Die Vorstösse Nr. 14 (P 3/2012), Nr. 16 (P 2/2012), Nr. 18 (P 9/2011), Nr. 25 (umgew. M 14/2010), Nr. 28 (umgew. M 8/2010) und Nr. 29 (M 6/2010) dieses Berichtes werden abgeschrieben.

35. Jahresbericht und Jahresrechnung 2012

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2013

a) Eintretensdebatte

Stadtpräsident Raphael Lanz, stellt fest, dass das Rechnungsjahr transparent und umfassend dargestellt wurde und viele Fragen in den Kommissionsberatungen beantwortet werden konnten.

Konrad Hädener, **BRK**, würdigt die finanzplanerische Punktlandung. Im Rechnungsjahr 2012 sind Steuerausfälle zu verzeichnen. Diese sind einerseits auf Mindereinnahmen von 3,3 Mio. Franken bei den Einkommens- und Vermögenssteuern natürlicher Personen zurückzuführen. Die Steueranlagesenkung von 1.74 auf 1.72 führt zu Mindereinnahmen von 1,25 Mio. Franken. Andererseits sind bei den Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen Einbussen zu verzeichnen. Ohne die Auflösung einer Steuerrückstellung für eine juristische Person in der Höhe von 4,9 Mio. Franken, wäre die Abweichung noch grösser. Für die Planperiode 2013 – 2016 muss mit einem kumulierten Steuerausfall von rund 10 Mio. Franken gerechnet werden. Zu betonen ist jedoch auch, dass für die Pensionskasse im Zusammenhang mit der Revision des Pensionskassenreglementes 3,9 Mio. Franken zurück gestellt werden konnten. Da ein um rund 5 Mio. Franken höherer Wert in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt eingelegt werden konnte als der Laufenden Rechnung belastet worden ist, konnte für die kommenden Jahre vorgespart werden. Wie in den Vorjahren konnten Investitionen infolge von Ressourcenproblemen nur zu einem Bruchteil ihres Planwertes realisiert werden. Der Gemeinderat ist sich dieser Problematik bewusst. Die Stadtverwa-

tung legt grossen Wert auf Budgetgenauigkeit, bei der Termintreue im Unterhalts- und Investitionsprogramm scheint dies jedoch nicht zu funktionieren. Stadtrat Hädener weist darauf hin, dass in den Kommissionen eine kritische Auseinandersetzung mit der Zielerreichung der Verwaltung erfolgte. Die BRK empfiehlt das Eintreten auf das Geschäft und das Zustimmung in allen Punkten. Die Kommission dankt für den qualitativ guten Jahresbericht und für den haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Stadt.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, gibt zu bedenken, dass das ausgeglichene Ergebnis nur dank Auflösung einer Steuerrückstellung erreicht werden konnte. Als positiv bewertet die Fraktion die Rückstellung von 3,9 Mio. Franken für die Pensionskasse. Ausserdem hat sich die Ferien- und Überzeitsituation im Berichtsjahr verbessert. Das Aufschieben von Investitionsprojekten kann zu einem Investitionsstau führen und für die Stadtfinanzen in Zukunft eine Gefahr darstellen. Die BDP-Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderates einstimmig.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, dankt den Verfassern für den Jahresbericht und dem Gemeinderat für seine Arbeit während dem Berichtsjahr. Das mittel- und langfristige Fremdkapital liegt unter 100 Mio. Franken und die ausgewiesenen Finanzkennzahlen können als stabil bezeichnet werden. Dank des tiefen Zinsniveaus stimmen die grossen anstehenden Investitionsprojekte optimistisch. Die Schuldzinsbelastung wird in den nächsten Jahren wohl moderat sein. Die Fraktion stimmt der Jahresrechnung einstimmig zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, nimmt wohlwollend vom ausgeglichenen Rechnungsabschluss und von der tiefen Verschuldung Kenntnis. Die genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass die Null schwarz oder rot sein kann. Einerseits werden die aufgeschobenen Investitionen in den nächsten Jahren zu tätigen sein, andererseits sind die Steuereinnahmen besorgniserregend. Ein wohlüberlegter, sorgfältiger Umgang mit den finanziellen Mitteln ist wesentlich. Wichtig ist auch, dass nicht nur bei den Ausgaben Sorge getragen wird, sondern auch Steuersenkungsbegehren momentan nicht angebracht sind. Die Fraktion genehmigt den Bericht.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstreicht, dass die Rechnungsabschlüsse 2010 und 2011 weit erfreulicher waren. Insgesamt handelt es sich beim ausgeglichenen Abschluss jedoch um ein gutes Resultat. Besorgniserregend sind die Ertragsseite und die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Steuereinnahmen. Der Aufschub der Investitionen ist keineswegs optimal. Während die Beiträge an den Lastenausgleich gestiegen sind, fielen die Beiträge aus dem Finanzausgleich tiefer aus. Dieser Situation steht die Stadt machtlos gegenüber. Die Fraktion dankt allen, die am guten Ergebnis mitgewirkt haben, insbesondere dem städtischen Personal. Dem Antrag des Gemeinderates folgt die Fraktion in allen Punkten.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt dem Personal der Stadtverwaltung für die sehr gute Arbeit und stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Das ausgeglichene Resultat konnte dank der Auflösung einer Steuerrückstellung erreicht werden, jedoch konnte auch eine wichtige Rückstellung von 3,9 Mio. Franken für die Pensionskasse getätigt werden. Die Fraktion stört sich an den aufgeschobenen Investitionsprojekten. Sowohl beim Amt für Stadtliegenschaften wie auch beim Tiefbauamt können viele Projekte infolge Personalengpässen nicht realisiert werden. Aber auch das Bauinspektorat ist von ernsthaften Ressourcenproblemen betroffen. Weil es an Personal mangelt, können nicht genügend Baukontrollen durchgeführt werden. Stadträtin Rupp Gyger hält die Schaffung von Stellen im Bauinspektorat für vordringlich. Zwar konnten Ferien- und Überzeitguthaben abgebaut werden, jedoch mussten deswegen Projekte verschoben werden. Im Bereich der Kindertagesstätten konnte das Ziel der Wartefrist bei weitem nicht erreicht werden. Eine sanfte Annäherung an die Zielsetzung erscheint sehr wichtig.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, ist erfreut über das ausgeglichene Resultat und dankt für den Bericht. Die Erwartungen, dass der Gemeinderat und die Stadtverwaltung sich für die Ansiedlung von Firmen in Thun einsetzen, sind gross. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Der Stadtratspräsident stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist.

b) Detailberatung

A Allgemeine Berichterstattung

Keine Bemerkungen.

B Jahresrechnung 2012

Konrad Hädener, **BRK**, macht auf einen Druckfehler in der Tabelle auf Seite 36 aufmerksam (Text anstatt Zahl). Die Zunahme SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen beträgt 5'124'000 Franken.

C Produktegruppen-Rechnungen 2012

Direktion Präsidiales und Finanzen

Konrad Hädener, **SAKO P+F**, verweist auf Seite 119, Produkt Finanzdienste. Beim langfristigen Darlehen von 30 Mio. Franken handelt es sich irrtümlicherweise um Angaben aus dem Jahr 2011.

Direktion Bau und Liegenschaften

Keine Bemerkungen.

Direktion Bildung Sport Kultur

Keine Bemerkungen.

Direktion Sicherheit und Soziales

Keine Bemerkungen.

Direktion Stadtentwicklung

Keine Bemerkungen.

Stadtpräsident Raphael Lanz dankt für die Rückmeldungen und betont das hohe Kostenbewusstsein in der Stadtverwaltung. Herausforderungen werden auf die Stadt zukommen. Die Ausgangslage ist dank dem vorgesparten baulichen Unterhalt und dank der Rückstellung für die Pensionskasse gut. Der Gemeinderat setzt sich weiterhin für eine solide Finanzplanung ein.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a und 40 lit. i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglementes und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2012, beschliesst:

1. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 9'079'161.43 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon Fr. 8'955'989.62 gebunden und Fr. 123'171.81 neu.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 197'489.04 in der Kompetenz der Direktion Präsidiales und Finanzen (gemäss SW 2), davon Fr. 82'794.67 neu und Fr. 114'694.37 gebunden.
3. Genehmigung der Jahresrechnung 2012, welche bei einem Aufwand von Fr. 270'348'523.52 und einem Ertrag von Fr. 270'348'523.52 ausgeglichen abschliesst.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2012 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von total je Fr. 301'923.70 ausgeglichen abschliesst.
5. Genehmigung des Jahresberichtes 2012.

36. Verkehrsanlagen; Kreisel Pfandern-/Buchholzstrasse

Genehmigung Überbauungsordnung und Bewilligung eines Verpflichtungskredites von Fr. 610'000.- für die bauliche Umgestaltung der Einmündung Buchholzstrasse in die Pfandernstrasse auf Kreisverkehr

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2013

Gemeinderat Roman Gimmel erläutert das Projekt, welches seit Jahren ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung in diesem Gebiet darstellt. Wegen der hohen Verkehrsbelastung und gestützt auf die Unfallstatistik ist der Kreisel die richtige Lösung. Abklärungen im Auftrag des Gemeinderates haben ergeben, dass der Kreisel nicht kostengünstiger realisiert werden kann. Der Landerwerb kann vollumfänglich freihändig erfolgen, alle Unterschriften sind vorhanden.

Suzanne Albrecht Wyss, **SAKO B+L**, stimmt dem Antrag und dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Die Pfandernstrasse als direkter Autobahnzubringer ist häufig überlastet. In Hauptverkehrszeiten ist die Situation besonders für Fahrradfahrer und Fussgänger gefährlich. Die Unfallstatistik der letzten zehn Jahre belegt dies. Das Projekt stellt für alle Verkehrsteilnehmer einen Gewinn dar.

Die **Fraktion Grüne**, so Stadträtin Suzanne Albrecht Wyss, hat sich eingehend mit dem Bericht befasst. Der Vorbericht des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) ist eher verwirrend und überflüssig. Die Fraktion unterstützt das Geschäft.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, genehmigt den Antrag des Gemeinderates einstimmig. Die langen Wartezeiten sind mühsam. Oft können gefährliche Situationen bei der Kreuzung beobachtet werden. Stadträtin Schneiter macht auf die unzähligen Lastwagen, teilweise mit Anhängerzügen, aufmerksam, welche entweder zur Autobahn oder als Zulieferer in die Industriezone unterwegs sind. Die Mittelinsel sollte befahrbar sein, damit ausschwenkende Lastwagen genügend Platz zur Verfügung haben. Die Fahrradspur und die Strasse generell sind zu schmal, was zu gefährlichen Überholmanövern führen kann. Der Fraktion erscheinen die Kosten von 28'000 Franken für Unvorhergesehenes eher knapp.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, betont die Wichtigkeit dieses Projektes für die Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Nicht nur der motorisierte Verkehr wird profitieren, sondern auch Fussgänger und Fahrradfahrer. Die Fraktion unterstützt sowohl den Verpflichtungskredit wie auch die Überbauungsordnung.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, erinnert sich, dass der Gemeinderat bereits im Jahr 2004 nach einer Lösung für die Kreuzung Pfandern-/Buchholzstrasse gefragt wurde. Heute liegt nun ein konkretes Projekt vor, das den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Der Kredit ist im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellt, weshalb kein Grund für Verzögerungen vorliegt. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, unterstützt den Antrag einstimmig.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. c sowie Artikel 40 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. Mai 2013, beschliesst:

1. Genehmigung der Überbauungsordnung Kreisel Pfandern-/Buchholzstrasse.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von Fr. 610'000.-- als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 501/2512.081.0 (Bilanzkonto Nr. 1141.10.01) für die bauliche Umgestaltung der Einmündung Buchholzstrasse in die Pfandernstrasse auf Kreisverkehr.
3. Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

37. Postulat P 1/2013 betreffend Ausführungsbestimmungen zur Nutzung von Mehrweggeschirr

Fraktion der Mitte (FdM) vom 18. Januar 2013; Beantwortung

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, ist nicht erfreut über die ablehnende Haltung des Gemeinderates. Der Gemeinderat betrachtet das Geschäft einseitig aus der Optik von Anlässen in der Innenstadt. Die Fraktion der Mitte hat wohl als erste Fraktion das Thema Mehrweggeschirr aufgeworfen. Stadtrat Hädener veranschaulicht das Postulat mit einem Beispiel: Führt die Leichtathletik-Vereinigung an einem Wochenende einen Wettkampf durch, an welchem sie Bratwürste auf Kartonuntersätzen und Getränke in Einwegbecher verkauft, braucht es bei sorgfältiger Müllverpackung nur zwei 35l-Kehrichtsäcke. Der Abfall insgesamt stammt mehrheitlich von den Teilnehmern (mitgebrachte PET-Flaschen). Mit der neuen Regelung muss der Verein ein Jahr vor dem Anlass ein Gesuch bei der Stadt einreichen. Zwei Monate vor dem Anlass muss ein begründetes Gesuch für eine Ausnahmegewilligung von der Mehrweggeschirrpflicht eingereicht werden. Durch die pauschale Regulierung im Reglement werden nach Schätzung der Fraktion ungefähr 1'000 kleinere Anlässe behandelt wie Grossanlässe. Dies bedeutet neben 1'000 Gesuchen gibt es zusätzlich 1'000 Ausnahmegewilligungen zu prüfen. Das Gewerbeinspektorat wird eine klare Linie verfolgen. Die Fraktion unterstreicht, dass eine klarere Definition in einem Reglement, einer Verordnung oder in einem Merkblatt erfolgen könnte. Diese würde sowohl im Interesse der Gesuchsteller wie auch im Interesse einer schlankeren Administration stehen.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, lehnt das Postulat einstimmig ab. Die Erfahrungen an der Fasnacht haben gezeigt, dass der Einfluss von Mehrweggeschirr immens ist. Einerseits liegt viel weniger Abfall herum, andererseits werden die Leute sensibilisiert. Werden die Kriterien präziser formuliert, könnte der Aufwand sowohl für Gesuchsteller wie auch für die Behörde grösser sein. Stadtrat Aellig erlebt das Gewerbeinspektorat als lösungsorientiert. Der Bewilligungsprozess funktioniert gut.

Heinz Schürch, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Mehrweggeschirr einen Anlass in besseres Licht rückt. Es besteht kein Grund zu einer präziseren Formulierung des Artikels. Der Vorstoss macht den Prozess komplizierter. Den Veranstaltern steht die Möglichkeit offen, ein Ausnahmegesuch zu stellen. Sollte die Besucherzahl als Kriterium gelten, müsste die Anzahl Besucher jeweils überprüft werden, was äusserst aufwändig und schwierig erscheint. Die Mehrkosten in Zusammenhang mit Mehrweggeschirr sind nicht vollkommen nachvollziehbar. Bei sehr kleinen Anlässen kann das Geschirr sogar von Zuhause mitgenommen werden. Auch der Bezug von Geschirr bei Restaurants ist durchaus eine Option. Die Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, findet konkretere Ausführungen aufgrund der grossen Vielfalt der Veranstaltungen schwierig. Das Hauptziel des Mehrweggeschirrs ist die Reduktion der Abfallmenge. Veranstaltungen, an denen Mehrweggeschirr verwendet wird, verursachen deutlich weniger Abfall, was wiederum weniger Arbeitsaufwand für das Tiefbauamt bedeutet. Die Strassen und Plätze sehen viel sauberer aus und die Veranstaltungen machen einen wesentlich besseren Eindruck. Die Fraktion lehnt den Vorstoss einstimmig ab.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, beurteilt das Postulat auf den ersten Blick als nachvollziehbar. Für sehr kleine Anlässe wie beispielsweise für den Verkauf von Kaffee und Kuchen durch eine Schulklasse kann die

Regelung übertrieben erscheinen. Der Vorstoss erfolgt zu früh. Zuerst sollen die Beteiligten während einem längeren Zeitraum Erfahrungen sammeln. Die Definition von Mindestgrenzen von Besuchenden ist sehr schwierig. Die Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, lehnt das Postulat einstimmig ab. Bereits nach einem Jahr Änderungen vorzunehmen, erscheint übereilt. Die Fraktion sieht die Problematik auch in der Definition der Mindestgrösse eines Anlasses. Einzelne Veranstalter könnten die erwartete Besucherzahl tiefer angeben und so die Mehrweggeschirrpflicht umgehen.

Gemeinderat Roman Gimmel stellt fest, dass sich die Problematik bei den Anlässen der Leichtathletik-Vereinigung klar aufgezeigt hat. Die Verordnung ist seit 1,5 Jahren in Kraft und stellt ein gutes Instrument dar. Der Optimierungsbedarf wird in einem laufenden Prozess geklärt. Der Artikel sollte nicht bereits nach dieser kurzen Erfahrungsperiode angepasst werden. Will die Stadt zu stark regulieren, besteht die Gefahr, sich in Details zu verlieren. Auch mit der im Postulat beschriebenen Alternative können nicht alle Varianten von Veranstaltungen erfasst werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, nimmt Bezug auf die Voten und hält fest, dass die Optik auf Innenstadt-Anlässe gerichtet ist. Die Postulanten wollen mit dem Vorstoss die Regulierung in der Breite differenzieren. Die pauschale Regelung soll für kleinere Veranstaltungen nicht zu unnötigem Aufwand führen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 29 : 5 Stimmen ab.

38. Interpellation I 1/2013 betreffend Abfallvermeidung und -verwertung

SP-Fraktion vom 18. Januar 2013; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden und wünscht eine Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Für die Antwort mit detaillierter Auflistung der Massnahmen, welche die Stadt Thun mit dem Ziel der Abfallreduktion aktuell umsetzt, dankt die Interpellantin. Eine Geschichte aus dem Abfallhof, die Stadtrat Schori zugetragen wurde, stimmte ihn nachdenklich. Eine Person hat etwas genommen, das kurze Zeit vorher jemand als Abfall gebracht hat. Die Person, die den vermeintlichen Abfall mitnehmen wollte, wurde als Dieb bezeichnet. Über solche Vorfälle sollte sich die Stadtverwaltung Gedanken machen. Zudem wünscht sich die SP-Fraktion eine Konkretisierung des allfälligen Einsatzes von Abfallbehältnissen, bei denen Abfälle getrennt eingeworfen werden können.

Gemeinderat Roman Gimmel erläutert die Antwort des Gemeinderates. Gestützt auf die Erfahrungen der SBB sowie gestützt auf den unverhältnismässig hohen Aufwand lehnt der Gemeinderat das Angebot von Abfalleimern, bei denen Abfälle gesondert eingeworfen werden können, ab.

39. Interpellation I 4/2013 betreffend "Strategie 2012+" der WIA Wohnen im Alter AG (Dringlich)

SVP-Fraktion vom 27. März 2013; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, erklärt sich mit der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt. Die Antworten vermitteln keine Klarheit. Der Interpellantin ist es wichtig zu betonen, dass es beim Vorstoss weder um die Strukturen noch um die Organisation der WIA geht, sondern um das Wohlergehen der Menschen im Falken. Die WIA hat zwar die Stadt bezüglich verfügbarer Grundstücke angefragt, hat jedoch auf weitere Abklärungen verzichtet. Die Organisation steht unter Zeitdruck und sollte jede Möglichkeit erwägen und diese dringend abklären. Die Angehörigen sind von der WIA informiert worden, dass ein enger und intensiver Kontakt zur Stadt besteht. Indem nach wie vor betagte Menschen im Falken untergebracht werden, wird die Wirtschaftlichkeit vor das Wohl dieser Menschen gestellt. Betagte Menschen, die jetzt noch in den Falken ziehen, müssen nach kurzer Zeit wieder umziehen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt der Interpellantin für das Aufgreifen des Themas. Mit dem Vorstoss wird nur oberflächlich etwas bewirkt. Das Thema Wohnen im Alter ist gesellschaftspolitisch von grosser Bedeutung. Die demografische Entwicklung zeigt den wachsenden Anteil von über 80 Jährigen an der Bevölkerung deutlich auf. Dies hat Auswirkungen auf die Gesellschaft, denen sich die Stadt stellen muss. Auch wenn der Gemeinderat weder für die strategische noch für die operative Führung der WIA verantwortlich ist, sollte er die Verantwortung nicht vollumfänglich an eine AG delegieren. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt ihre Mitverantwortung im Altersbereich wahrnehmen und die WIA aktiver unterstützen sollte. In anderen Städten und Gemeinden gibt es bereits gute Lösungsansätze.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass der Stadtrat auch eine Mitschuld an der Situation trägt. Im Jahr 2006 hat er der Privatisierung des Altersheims zugestimmt. Zu jenem Zeitpunkt hat die Stadt es verpasst, Möglichkeiten der Einflussnahme zu schaffen. Das Beispiel der WIA zeigt klar auf, dass Privatisierungen nicht immer eine optimale Lösung darstellen. In der letzten Zeit hat sich in der WIA einiges verbessert. Die Fraktion zweifelt, dass der Hohmadpark für die vorübergehende Platzierung eine ideale Lösung ist. Schliesslich werden dort Übergangs- und Kurzzeitpflegeplätze für bis zu 8 Wochen angeboten. Diese Plätze sind bereits heute sehr gut ausgelastet. Die Fraktion zieht aus den Unterlagen das Fazit, dass die Stadt Thun momentan keinen Einfluss auf die WIA nehmen kann. Die Beantwortung der Frage 4 ist unbefriedigend. Die Fraktion unterstützt das geplante Vorgehen.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, hält fest, dass der jetzige Leiter der WIA bei seinem Stellenantritt viele verschiedene Baustellen angetroffen hat. Von Anfang an ist er sehr kompetent und lösungsorientiert vorgegangen. Die Anschlusslösung für den Falken ist für ihn äusserst wichtig. Stadträtin Anderes ist der Ansicht, dass der Leitung der WIA mehr Vertrauen entgegengebracht werden sollte. Sowohl die Geschäftsleitung wie auch das Team denken zukunftsweisend und nachhaltig für die Bewohner.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, sieht in der Antwort keinen Lösungsansatz. Vom neuen Verwaltungsrat wird erwartet, dass er seine Chance jetzt wahrnimmt und positive Zeichen setzt. Aus Sicht der Bewohner ist die Antwort des Falken auf Frage 4 sehr ernüchternd. Immerhin geht es um 28 Menschen, die im Ungewissen sind, wo sie nach der Schliessung des Falken wohnen werden. Irritierend ist auch die Tatsache, dass auf dem Anmeldeformular auf der Homepage der WIA nicht erwähnt wird, dass der Falken nur noch bis Ende 2013 bestehen wird. Bezüglich der Anpassung des Formulars sollte der Stadtvertreter Druck ausüben.

Konrad Hädener (CVP) weist auf die Bedeutung des Falken als soziale Einrichtung in der Innenstadt auch für nicht betagte Menschen hin. Er fragt sich, wo sich diese Menschen, für die der Falken ein wichtiger Treffpunkt geworden ist, nach der Schliessung treffen können. Obwohl es Kirchen gibt, die solche Treffpunkte anbieten, sollte sich auch die Stadt vermehrt dafür einsetzen.

Franz Schori (SP) erwartet ein positives Zeichen seitens der WIA. Er empfindet es als Affront, dass von der WIA niemand anwesend ist und der Diskussion folgt.

Reto Schertenleib (SVP) dankt für die positive Aufnahme des Vorstosses.

Gemeinderat Peter Siegenthaler äussert sich zur vorliegenden Interpellation, da hauptsächlich die Frage 4 (Einquartierungen trotz bevorstehender Schliessung) Anlass zur Diskussion gibt. Nicht nur der Gemeinderat hat im Jahr 2006 der Privatisierung zugestimmt, sondern auch der Stadtrat genehmigte das Geschäft einstimmig. Gemeinderat Siegenthaler orientiert über den Verwaltungs- und Stiftungsrat der WIA. Es gilt zu berücksichtigen, dass keiner der Verwaltungsräte vor Mitte 2011 in seinem Amt war. Zum Teil werden die heutigen WIA-Verantwortlichen für Vorfälle zur Verantwortung gezogen, für welche sie nicht verantwortlich gemacht werden können. Der Gemeinderat hat sich aktiv dafür eingesetzt, dass alle Verwaltungsräte auch gleichzeitig Stiftungsräte sind. Die Personen geniessen das Vertrauen des Gemeinderates. Der Gemeinderat ist bestrebt, die Führungscrew der WIA zu stützen. Eine baldige Anschlusslösung für den Falken wird folgen.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert über die nächste Sitzung, welche zum Anlass "100 Jahre Goldiwil bei Thun" im Kirchgemeindehaus Goldiwil stattfinden wird. Der Bus fährt um 16:15 Uhr beim Rathaus ab, die Rückfahrt ist um ca. 20:00 Uhr vorgesehen.

Der Stadtratspräsident verabschiedet die langjährige Mitarbeiterin der Stadtkanzlei Ursula Moser, welche die Stadtverwaltung nach 23 Jahren per Ende Juni 2013 verlässt. Frau Moser wird für den stets zuverlässigen, sorgfältigen und motivierten Dienst zugunsten des Stadtrates und der Verwaltung bestens gedankt.

Eingänge

- Interpellation betreffend Informatikprojekt „GEVER“; SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2013
- Interpellation betreffend Kosten Grünabfuhr; SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2013
- Interpellation betreffend Asylunterkunft Allmendingen (Schliessung 2014?); SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2013

Verschiebungen

- Postulat P 2/2013 betreffend Massnahmen nach Alkoholintoxikation; Baumann Jonas (EVP) vom 18. Januar 2013 (verschoben auf die Sitzung vom 22. August 2013)

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger